

Mit „Wumms“ für ein besseres Klima

Gemeinderat verabschiedet Klimaschutzinitiative, Masterplan Wärme und einen „Klimabürger_innenrat“ für die Region

Mit nur einer Gegenstimme hat der Gemeinderat am vergangenen Dienstag die neue Klimaschutzinitiative verabschiedet. Ein Fonds mit 120 Millionen Euro soll Ämtern, Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften zusätzliche Projekte zum Einsparen von CO₂ ermöglichen. Außerdem votierten die Gemeinderätinnen und -räte für einen Masterplan Wärme Freiburg 2030 und die Etablierung eines „Klimabürger_innenrats Region Freiburg“.

„Nicht handeln ist keine Option“, mahnte Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit zum Auftakt der Debatte und wandte sich damit an AfD-Gemeinderat Detlef Huber, der beantragt hatte, die Abstimmung über die neue Initiative wegen der hohen Kosten von der Tagesordnung zu nehmen. „Wenn wir nicht handeln, sind die Folgen des Klimawandels noch sehr viel teurer“, entgegnete Buchheit ihm – eine Einschätzung, die im Gremium auf große Zustimmung stieß.

Für ihre Klimaschutzinitiative will die Stadt einen Zukunftsfonds Klimaschutz ins Leben rufen, in dem bis 2028 insgesamt 72 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Diese Summe soll durch Eigen- und Fördermittel um weitere 48 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro aufgestockt werden. Auf diese Weise will Freiburg bereits 2038 klimaneutral werden. Ergänzt wird die Initiative durch den Masterplan Wärme, der eine klimaneutrale Wärmeversorgung zum Ziel hat und festlegen soll, welche Stadtgebiete mit welchem Wärmesystem versorgt werden könnten.

„Die Wärmewende wird das Rückgrat sein“, zeigte sich Grünen-Stadträtin Sophie Schwer überzeugt: „Sie entscheidet am Ende darüber, ob wir die Transformation hin zu einer fossilfreien Energieversorgung schaffen.“ Auch Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle sieht in der Initiative einen „Schlüsselbeitrag“ Freiburgs zur Problemlösung. Walter Krögner von der SPD/Kulturliste sagte, er kenne keine andere Kommune, die mit so einer Summe ein Zeichen setze: „Mit der Klimaschutzinitiative langen wir richtig hin. Olaf Scholz würde sagen: Wir versuchen es mit Wumms.“

Auch die CDU-Fraktion stimmte dem Gesamtpaket zu, Stadtrat Bernhard Schätzle betonte allerdings, dass der Wirkungsgrad der Initiative über Freiburg hinausgehen müsse. Sophie Kessel von Jupi träumte von einer mit Hanfpflanzen begrünte Breuninger-Fassade und forderte: „Ran an die veganen Buletten und ran an die Klimaschutzoffensive!“ Auch die FDP/BfF steht hinter den Plänen: Stadtrat Sascha Fiek erinnerte daran, dass der Gemeinderat bereits das Klima- und Artenschutzmanifest verabschiedet habe. „Die Klimaschutzinitiative ist die logische Konsequenz. Jetzt intensivieren wir unsere Bemühungen.“

Aus Sicht der Freien Wähler ist die neue Initiative alternativlos. Kritisch äußerte sich Stadtrat Johannes Gröger allerdings zum „Klimabürger_innenrat Region Freiburg“. Darin sollen ab Anfang 2022 Bürgerinnen und Bürger aus Freiburg und bislang zehn Umlandgemeinden Handlungsempfehlungen erarbeiten – Ziel ist eine „100 Prozent Erneuerbare-Energien-Region“. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen, allerdings mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung. Gröger begründete sein Nein damit, dass der Nutzen eines solchen Rates nicht erkennbar, der Aufwand aber hoch sei.

Nach einer erneuten Warnung von AfD-Stadtrat Huber, diese Vorlage angesichts der Rekordverschuldung der Stadt so nicht zu verabschieden, bekräftigte Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert zum Abschluss der Diskussion: „Für mich ist jeder Euro, der in Klimaschutz investiert wird, ein guter Euro.“ Der Gemeinderat stimmte denn auch allen drei Anträgen mit großer Mehrheit zu.

Nur impfen hilft gegen steigende Coronazahlen

Alles Wissenswerte zur Alarmstufe II und zur aktuellen Situation – Weitere Impfstationen geplant

Richtige Vorfremde auf Heiligabend will nicht so recht aufkommen: Der Weihnachtsmarkt ist abgesagt, die Intensivstationen überfüllt, und jeden Tag meldet das RKI eine Rekordzahl an Neuinfektionen. Um die medizinische Versorgung zu sichern, gilt in Baden-Württemberg jetzt die Alarmstufe II.

Schon im Frühjahr haben viele Fachleute gewarnt: Der einzige Ausweg aus der Pandemie ist eine hohe Impfquote – diese wurde leider nicht erreicht. Mit der kalten Jahreszeit explodieren die Infektionszahlen, es gelten wieder Einschränkungen im öffentlichen Leben. Die Amtsblatt-Redaktion hat die wichtigsten Infos zusammengefasst:

Corona-Alarmstufe II

Am Donnerstag haben die Chefinnen und Chefs der Landesregierungen in Berlin über weitere Verschärfungen der Coronaregeln beraten. Die Ergebnisse lagen bis Redaktionsschluss allerdings noch nicht vor. Aktuell gilt:

Bei öffentlichen Veranstaltungen, körpernahen Dienstleistungen, in Clubs, Bars und Diskotheken und in Prostitutionsstätten gilt die 2 G-Plus-Regel. Das bedeutet, dass auch Genese und Geimpfte einen aktuellen Schnelltest benötigen. Ausgenommen sind Besuche beim Friseur und Barbershop, hier gilt die 3 G-Regel mit PCR-Test (3 G-Plus). Auch für Schülerinnen und Schüler unter 18 Jahren, Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, sowie Schwangere und Stillende gelten Ausnahmen.

In der Gastronomie und für touristische Übernachtungen in Hotels, Campingplätzen oder Pensionen gilt die 2 G-Regel. Im öffentlichen Nahverkehr, bei geschäftlichen Dienstreisen, auf Märkten und im Einzelhandel gilt 3 G.

In Corona-Hotspots, in denen die Inzidenz über 500 liegt, dürfen Ungeimpfte ihr Haus zwischen 21 und 5 Uhr nur in Ausnahmefällen (zum Beispiel für die Arbeit) verlassen. Außerdem gilt dann im Einzelhandel und auf Märkten die 2 G-Regel, davon ausgenommen ist die Grundversorgung.

Wichtig: Der gelbe Impfpass wird in Baden-Württemberg nicht mehr als Impfnachweis akzeptiert, nur noch der digitale Pass oder der ausgedruckte QR-Code.

Impfen und Testen

Eine Übersicht über alle Schnelltestmöglichkeiten ist online unter www.freiburg.de/corona zu finden. Termine zur Erst-, Zweit- oder Boosterimpfung können im neuen Impfstützpunkt der Stadt Freiburg ausgemacht werden (uniklinik-freiburg.de/impfstuetzpunkt-freiburg).

Aufgrund der hohen Nachfrage hat Oberbürgermeister Martin Horn im Gemeinderat angekündigt, das städtische Impfangebot weiter auszubauen. Unter anderem seien Impfstationen im Theater, in der alten Stadthalle und im Augustinermuseum geplant.

Außerdem erweitern die Malteser die Testkapazitäten für die Poolietests. Das Synlab-Testzentrum in der Kaiser-Joseph-Straße 266 hat von Montag bis Freitag von 17 bis 20 Uhr geöffnet; dort können sich Schülerinnen und Schüler mit positivem Poolietest testen lassen.

Veranstaltungen der Stadt

Bei öffentlichen Sitzungen, beispielsweise dem Gemeinderat, gilt die 3 G-Regel. Ein Antigen-Schnelltest darf maximal 24 Stunden und ein PCR-Test maximal 48 Stunden zurückliegen.

Weihnachtsmarkt abgesagt

Nach nur fünf Tagen hat der Weihnachtsmarkt wieder geschlossen. Grund war auch hier die Coronaverordnung des Landes, die zum Besuch die 2 G-Plus-Regel vorschreibt. Deshalb haben sich die Beschicker, die FWTM und die Stadt entschieden, die Stände vorzeitig abzubauen. Als „kleinen Ersatz“ gibt es jetzt einen Kunsthandwerkermarkt mit fast 50 Ständen – geöffnet Montag bis Samstag von 10 bis 19 Uhr.

OB vor Ort pausiert

Aufgrund der hohen Infektionszahlen muss die für den 13. Dezember geplante Veranstaltung „OB vor Ort“ in Herdern leider entfallen. Auch der im Rahmen des traditionellen Dreikönigstreffens geplante Stadtteilbesuch von Oberbürgermeister Martin Horn in Haslach wird auf einen späteren Termin verschoben. Das Amtsblatt wird rechtzeitig über die neuen Termine informieren.

Aktuelle Infos und weiterführende Links: www.freiburg.de/corona

Querformat

Ein Zeichen der Freundschaft

Die meisten Straßenschilder sorgen für Ordnung oder Orientierung – das neueste hingegen sendet eine ganz andere Botschaft aus: Es ist ein Zeichen der Freundschaft, und zwar zur israelischen Stadt Tel Aviv-Yafo. Seit 2015 ist die pulsierende und lebensfrohe Metropole eine von zwölf Partnerstädten Freiburgs. Die freundschaftlichen Verbindungen in die im Kern über 3500 Jahre alte Mittelmeerstadt bestehen aber schon viel länger: Mit viel Engagement kümmert sich der Freundeskreis Freiburg-Tel Aviv-Yafo um Kontakte und bürgerschaftlichen Austausch, vor allem in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Jedes Jahr gibt es interessante Bürgerreisen – allein drei sind für 2022 geplant (Infos unter www.freiburg-tel-aviv-yafo.de). Mit der Umbenennung des 1,4 Kilometer langen nördlichen Teilstücks der Besançonallee in „Tel-Aviv-Yafo-Allee“ sind jetzt alle Partnerstädte im Straßenbild prominent vertreten.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Energiekonzept Dietenbach

Das Energiekonzept Dietenbach wurde in den letzten Monaten intensiv zwischen Gemeinderät*innen, externen Expert*innen und der Verwaltung diskutiert. „Wir haben ausgiebig geprüft, ob eine Ausweitung der Ausschreibung auf das von einigen Akteuren favorisierte System der kalten Nahwärme möglich wäre. In der Abwägung spricht neben juristischen und technischen Gründen vor allem die signifikante Verzögerung des Projekts dagegen. Die Wohnungsnot in unserer Stadt drängt nach wie vor“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sophie Schwer. Die aktuellen Diskussionen wurden jedoch in einem Ergänzungsantrag aufgegriffen. „Die KfW stellt Anfang kommenden Jahres die EH-55-Förderung im Neubau ein. Dies verändert die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Errichtung von nachhaltigem Wohnraum erheblich. Um die Nutzung der attraktiven Förderprogramme weiterhin zu ermöglichen, sollte der Energiestandard entsprechend auf die neuen Vorgaben angehoben werden.“ Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Diskussionen ist, dass wir die lokale Expertise in Zukunft gerne in einem anderen Format einbinden wollen. Daher soll vor der Ausschreibung der Wasserstoffproduktion eine Zweitmeinung in Form einer Expert*innenanhörung eingeholt werden.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Kleineschholz

Nachdem im Oktober der Rahmenplan beschlossen wurde, ist mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Kleineschholz der nächste, wichtige Schritt für das Quartier und damit auch zur Bekämpfung der Wohnungsnot gemacht. Da die Flächen bislang nicht der Stadt gehören, sondern angekauft werden müssen, muss die Entwicklungsmaßnahme aus dem städtischen Haushalt bezuschusst werden. „Auch die Entwicklungsmaßnahme Vauban sollte eigentlich mit einem Defizit enden, was dann doch nicht der Fall war. Wir werden daran arbeiten, dass es am Ende doch noch günstiger für den städtischen Haushalt ausgeht“, so die Fraktionsvorsitzende Maria Viethen, die auf weitere Aspekte aufmerksam macht: „Wir begrüßen das Vorhaben der Verwaltung, sämtliche Grundstücke nur an nicht gewinnorientierte Bauträger zu vergeben und dabei auf das Erbbaurecht zu setzen.“

Schutz für Wohnungslose im Winter

Der Winter ist für Menschen ohne Wohnung Jahr um Jahr eine starke, zusätzliche Belastung. Der vergangene Winter war besonders hart, und die Pandemie hat die Situation enorm verschärft. Viele Anlaufstellen waren nur eingeschränkt nutzbar oder wurden aus Angst vor Ansteckung gemieden. Verstärkt verweilten Menschen auf der Straße – bei anhaltend niedrigen Temperaturen eine tödliche Gefahr. Mit den Fraktionen Eine Stadt für alle und Jupi hatten wir in einem gemeinsamen Schreiben der Verwaltung unsere Unterstützung für weitere Schutzmaßnahmen zugesichert. Zusätzlich forderten wir ein Konzept für den kommenden Winter, das Wohnungslose auch in Zeiten von Covid-19 ausreichend schützt.

Das neue Angebot lief im November an: Die Wärmestuben in Einrichtungen sind länger geöffnet („Insel“ der Heilsarmee, Ferdinand-Weiß-Haus, Teeküche Oase). Zusätzlich ist ein Bus des DRK an Abenden mit Temperaturen unter null Grad im Stadtgebiet unterwegs – unter anderem mit warmen Speisen und Schlafsäcken. „Wir sind erleichtert, dass nun mehr Angebote in den kalten Monaten zur Verfügung stehen und der Wärmebus gut angenommen wird. Das allein reicht aber natürlich nicht. Wir müssen an die Ursachen. Dafür haben wir im Oktober ein Konzept zur weiteren Bekämpfung der Wohnungslosigkeit beantragt“, so Anke Wiedemann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Eine Stadt für alle

Egoismus vernichtet Solidarität

Die Querdenkerbewegung gehört mittlerweile so eng zur Coronapandemie wie Masken und Videokonferenzen. Da die Bewegung insbesondere in Baden-Württemberg stark verwurzelt ist, macht dieses Phänomen natürlich auch vor Freiburg nicht halt. Zunächst waren es vor allem Autokorsos, in denen sich größtenteils Mittel- und Oberklassewagen geschmückt mit allerlei Transparenten und Symbolen voller Verschwörungsmythen dienstags wild hupend durch die Stadt wälzten. Seit einigen Wochen gehören aber auch samstägliche Aufmärsche von Coronaleugner*innen, Esoteriker*innen, Impfgegner*innen, Verschwörungsgläubigen und strammen Rechten zum Stadtbild. Am letzten Samstag zählte die Polizei sogar 850 Menschen, die – während auf den Intensivstationen völlig überarbeitete Pflegekräfte und Ärzt*innen um das Leben von Tausenden Menschen kämpfen – mitten in der vierten und bisher schlimmsten Coronawelle gekommen waren, um sich dem von ihnen imaginierten Faschismus der Coronaßnahmen entgegenzuwerfen.

Zur Schau stellen sie dabei Plakate und Parolen, die keinen Zweifel daran lassen, dass sie die Welt der Fakten und Wissenschaft weit hinter sich gelassen haben und von einem Freiheitsverständnis getrieben sind, das den eigenen Egoismus absolut setzt und keinerlei Raum für Solidarität oder den Schutz von Schwächeren lässt. Zu diesem Weltbild gesellt sich auch eine ordentliche Portion Antisemitismus, wenn sich Teilnehmende „Judensterne“ auf ihre Ärmel malen, das Wort ungeimpft darüberschreiben und damit die Shoa in schäbigster Weise verharmlosen. Und natürlich mischt auch die sogenannte AfD munter in diesem Sumpf mit.

Querdenker*innen entgegentreten

Umso mehr freut es uns, dass es in Freiburg auch Widerstand gegen diese Umtriebe gibt. Es finden regelmäßig Mahnwachen und Gegendemonstrationen statt, und wir rufen alle Freiburger*innen dazu auf, sich diesen Protesten anzuschließen.

Die Pandemie wird erst dann enden, wenn die Impflücken beinahe vollständig geschlossen werden. Dieser Aufgabe wird sich hauptsächlich Berlin stellen müssen. Um bis dahin aber möglichst viele Leben zu retten, gilt es alles zu tun, um die Infektionskurve wieder abzuflachen und das Gesundheitssystem zu entlasten.

(Felix Beuter und Michael Moos)

SPD/Kulturliste

Klimaschutzoffensive „mit Wumms“

120 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten sechs Jahren sprechen gerade in Zeiten knapper Kassen eine klare Sprache: Die existenzielle Herausforderung der Klimakrise darf trotz fortdauernder Pandemie und angespannter Haushaltlage nicht aus dem Blick geraten. Knappe Ressourcen und die Dringlichkeit zum Handeln erzwingen zugleich klare Prioritätensetzungen. „Wir untermauern jetzt ‚mit Wumms‘ unser Ziel einer schnelleren Reduktion der städtischen CO₂-Emissionen“, betont Walter Krögner, umweltpolitischer Sprecher. „Jetzt muss das Geld auch vorrangig dort ausgegeben werden, wo die meisten Einsparungen möglich sind. Denn nur so kann die Stadt ihren Beitrag leisten, um unser ambitioniertes Ziel – Klimaneutralität im Jahr 2038 – zu erreichen.“ Die SPD-Kulturliste begrüßt daher die Einsetzung eines Fachbeirats, der genau darüber wachen soll, indem er künftig die Maßnahmen gekoppelt an die erzielte Treibhausgasreduktion bewertet.

Umweltfreundlich in die Innenstadt: P+R-Angebot verbessern

Eine wichtige Baustelle, die CO₂-Bilanz im Verkehrsbereich zu verbessern, bleibt der Ausbau von Park-and-Ride-Parkplätzen. Doch scheiterte ein Antrag der SPD-Kulturliste, die Mittel hierfür zu erhöhen, leider bei den Haushaltverhandlungen. Die geplante Anhebung der Parkgebühren war daher ein guter Anlass, um diesen Punkt erneut auf die Agenda zu setzen: In einem Antrag fordern wir die Verwaltung auf, die bisherigen Bemühungen des P+R-Ausbaus darzustellen, weitere Maßnahmen, um die Innenstadt umweltfreundlich zu erreichen, aufzuzeigen und die Kosten dafür abzubilden. „Das Tempo beim P+R-Ausbau stimmt leider nicht, aber nicht in erster Linie wegen der Verwaltung, sondern weil die Beträge, die wir als Gemeinderat hierfür zur Verfügung stellen, nicht ausreichen“, hebt Stefan Schillinger, verkehrspolitischer Sprecher, hervor. „Wir sind fest davon überzeugt, dass es entscheidend ist, Angebote zu schaffen, um die Menschen mitzunehmen. Mit Blick auf den offenkundigen Nachholbedarf und in Zeiten, in denen die Innenstadt kränkelt und die Menschen (Stichwort Inflation) weniger Geld in der Tasche haben, halten wir eine Erhöhung der Parkgebühren um zehn Prozent für ein falsches Signal.“ Unser Antrag, die Erhöhung auszusetzen blieb jedoch ohne Mehrheit.

Kein Überdrehen der Gebührenschaube

Auf Mehrheitsbeschluss des Freiburger Gemeinderats wird die Parkgebühr in der Innenstadt von 3,20 Euro pro Stunde auf 3,50 Euro pro Stunde erhöht. Wir haben gegen diese Erhöhung gestimmt und sie scharf kritisiert. Unser mobilitätspolitischer Sprecher Bernhard Rotzinger sieht darin eine weitere Bürde für den unter Druck stehenden Handel in der Innenstadt: „Mit der erneuten Erhöhung der Parkgebühren in der Freiburger Innenstadt wird die Politik der Verdrängung der Autofahrer in Freiburg fortgesetzt. Und die gleichen Fraktionen, die diese Politik betreiben, wundern sich dann im Wirtschaftsausschuss, dass sie funktioniert und die Innenstadt für Autofahrer aus dem Umland immer unattraktiver wird.“ Unsere Fraktionsvorsitzende Carolin Jenkner warnt: „Wir sollten die Gebührenschaube nicht überziehen, 3,20 Euro für eine Stunde Parken wäre schon hoch genug. Tatsächlich halten die hohen Parkgebühren Autofahrer von einem Besuch der Innenstadt ab.“ Anders als in einem Antrag der Fraktion FDP/BfF formuliert, halten wir auch nichts von einer Verschiebung der Erhöhung lediglich um ein halbes Jahr. Das würde an dem Überdrehen der Gebührenschaube nichts ändern.

Vorschnelle Entscheidung Sulzburger Straße

Stadt Freiburg und Freiburger Stadtbau (FSB) haben das aktuelle Verfahren zur Umgestaltung der Sulzburger Straße 15–19 nach „intensiven Beratungen“ gestoppt. Grund sei der zu stark gestiegene Bodenpreis. Martin Kotter (auch Mitglied im Aufsichtsrat der FSB) kann das nicht nachvollziehen: „Der Aufsichtsrat wurde gerade mal gute zwei Stunden vorher per E-Mail über dieses Vorgehen offiziell informiert. Wir wurden nicht gefragt und konnten uns auch vorab nicht dazu äußern. Das war ‚einsam verwalten‘ in Reinform.“ Mit der Bekanntgabe hätte noch sieben Tage bis zur nächsten regulären Aufsichtsratssitzung gewartet werden können. Klaus Schüle (stellvertretender Vorsitzender): „Wir erwarten, dass in der kommenden Sitzung des Aufsichtsrats konkret vorgelegt wird, wie eine Realisierung im Eigentum erreicht werden kann.“ Der Verkauf von Wohnungen als Eigentum an Schwellenhaushalte – wie hier geplant – könnte vielen Menschen ein Eigenheim ermöglichen, die auf dem freien Markt keine Chance haben. Zugleich macht der Verkauf durch seine Erlöse den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen an anderer Stelle möglich.

Jupi

Mehr Kohle fürs Klima!

Am Dienstag fällte der Gemeinderat einen fast schon historischen Beschluss: Mit der Klimaschutzoffensive sollen ab 2023 jährlich 20 Millionen Euro für einen Zukunftsfonds Klimaschutz bereitgestellt werden. Das freut Klimaaktivist und Stadtrat Simon Sumbert: „Die Aufstockung des Klimaschutzfonds zeigt, dass die Stadt Freiburg ernsthaft der Klimakrise begegnen will. Dabei dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Jeden Euro, den wir jetzt investieren, sparen wir zukünftig für viel teurere Klimaanpassungsmaßnahmen.“

Einen großen Mehrgewinn sieht unsere Fraktion auch darin, dass zukünftig ein unabhängiges Expert*innengremium die Vergabe der Mittel begleiten wird. Es wird konkret geprüft, welche Maßnahmen am meisten CO2-Einsparungen pro Euro generieren können. So kann ein tatkräftiger Klimaschutz garantiert werden, ohne sich im Klein-Klein verschiedener gut gemeinter, aber ineffektiver Maßnahmen zu verlieren.

Es ist aber auch weiterhin klar, dass Freiburg nicht ohne die Unterstützung von Bund und Land eine Klimaneutralität bis 2038 erreichen kann. Für größere Handlungsspielräume der Kommunen braucht es also mehr Geld und mehr gesetzliche Zuständigkeiten.

Privatisierung gescheitert

Wir sind froh, dass die Umwandlung von Mietwohnungen in geförderte Eigentumswohnungen in der Sulzburger Straße in Weingarten nun gescheitert ist. Leider waren jedoch nicht die politischen Debatten für das Scheitern ursächlich, sondern die weiterhin exorbitant steigenden Bodenrichtwerte. Wir hoffen dennoch, dass sowohl Stadtbau als auch die Stadtspitze aus dem Vorfall lernen: Erstens dürfen auch in Zukunft solche wichtigen politischen Entscheidungen nicht allein in nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtbau-Aufsichtsrats getroffen werden. Bewohner*innen und Stadtteilvereine müssen frühzeitig und proaktiv in solche Diskussionen einbezogen werden. Zweitens darf die Finanzierung dringend benötigter neuer Mietwohnungen nicht über die Veräußerung von eh schon raren günstigen Mietwohnungen erfolgen. Und nicht zuletzt bedarf es mehr Anstrengungen von Bund, Land und Kommune, um die Preisspirale der Bodenpreise nachhaltig einzudämmen.

FDP/Bürger für Freiburg

Gemischte Signale an die Innenstadt

Als Konsequenz der hohen Corona-Zahlen werden derzeit die Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung weiter verschärft. Das ist auch richtig, denn vielerorts sind die Intensivbetten voll, und die medizinische Versorgung ist nicht mehr vollständig gewährleistet.

Diese Maßnahmen haben auch die gewünschten Effekte: Der Weihnachtsmarkt ist abgebrochen, Bars und Restaurants in Freiburg sind faktisch leer und die Verkaufszahlen des lokalen Einzelhandels in der ersten Adventswoche ernüchternd. Einer der zentralen Kritikpunkte, die der Einzelhandel an die Kommunalpolitik richtet, ist der Umgang mit dem innenstadtnahen Parken. Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen den ÖPNV aus Angst vor Ansteckung meiden, kann die Parksituation ein entscheidender Faktor für oder gegen den Innenstadtbesuch sein. Nun hat der Gemeinderat am Dienstag eine weitere Erhöhung der Parkgebühren beschlossen.

„Viele Händler und Gastronomen bangen um die Existenz. Gerade jetzt ist das ein fatales Zeichen. Wir hätten ein positives Signal senden können mit einer Verschiebung dieser Erhöhung“, findet unser Stadtrat Franco Orlando. Eine bessere Nachricht ist für die Innenstadt die Verlängerung der erweiterten Flächen für die Außengastronomie für 2022. Die bereits 2020 von uns angeregte Liberalisierung hat sowohl von der Gastronomie als auch von Besucherinnen und Besuchern viel Zuspruch erhalten.

Auch die 900 000 Euro aus dem Bundesprogramm „Zukunftssichere Innenstädte und Zentren“ werden Freiburg helfen, mehr Maßnahmen zur Unterstützung der Innenstadt umzusetzen. Durch beides kann so zumindest für das kommende Jahr die Attraktivität der Innenstadt gesteigert werden.

Freie Wähler

Klima braucht keinen weiteren Bürgerrat

In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Freiburger Gemeinderat mit großer Mehrheit für die Etablierung eines „Klimabürger_innenrats Region Freiburg“ ausgesprochen. Die Fraktion der Freien Wähler hat dagegen gestimmt.

„Die Themen, die der Gemeinderat zu beschließen hat, sind oftmals für die Stadträtinnen und Stadträte schon zu komplex, um deren fachspezifische Tiefe zu verstehen und eine adäquate Entscheidung zu fällen, obwohl sie aufgrund von Ausschüssen und Gremiensitzungen einen hohen Informationsgehalt haben“, so Gerlinde Schrempp, „wo sollen also Laien dieses Fachwissen herhaben, um dann darüber Entscheidungen treffen zu können, was für die Kommune sinnvoll ist und was nicht?“

Denn der Klimabürgerrat setzt sich aus zufällig gelosten und danach repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Ihre Handlungsempfehlung soll den Gemeinderätinnen sowie -räten der beteiligten Städte und Gemeinden als Informationsquelle und Diskussionsbasis für eine mögliche Umsetzung der eingebrachten Empfehlungen dienen. „Die Etablierung eines solchen Rats verlängert Prozesse und Entscheidungen zusätzlich“, findet die Stadträtin.

Den Freien Wähler ist bewusst, dass in punkto Klima noch viel getan werden muss, damit Freiburg bis 2038 und Baden-Württemberg bis 2040 tatsächlich klimaneutral sind. Die Fraktion hat aber große Bedenken, ob ein weiterer, zeitintensiver Arbeitskreis dazu beitragen kann. „Das Klima hat keine Zeit. Was wir jetzt brauchen, sind gezielte Maßnahmen!“

AfD

Unseriöses Finanzgebaren

Satte 120 Millionen Euro pumpt die Stadt in eine sogenannte Klimaschutzoffensive. Die Vorlage hierzu, über die der Gemeinderat befinden durfte: extrem dünn. Welche Projekte umgesetzt werden sollen: unklar. Was diese Projekte kosten sollen: unklar. Was der Nutzen und die tatsächliche CO2-Einsparung sein wird: unklar, denn für die Berechnung gibt es noch kein geeignetes Verfahren. Aber ein Fachbeirat soll eingesetzt werden und wieder Personal angebaut. Auch hier, Kosten: unklar. Ist aber egal, da alles durchgewunken wird, auf dem Klima draufsteht. Nur teuer muss es sein.

Ein weiteres Millionengrab wird Kleineschholz. An und für sich eine gute Maßnahme. Allerdings stellt sich Freiburg auch hier wieder ein ideologisches Bein. Kein Platz für Autos und eine Finanzierung über Erbpacht. Diese ist dazu noch im Vorwege im Rahmen einer sogenannte Ablöse zu bezahlen. Durch die Weigerung, auch nur an Genossenschaften zu verkaufen – so der AfD-Vorschlag – fehlen 30 Millionen Euro. Jede neue Wohnung dort wird mit 60 000 Euro bezuschusst werden. Dafür können es sich aber nur kapitalstarke Bürger leisten, dort einzuziehen.

Haushaltssperre und wieder kein Freibad für den Westen?

Die Prioritäten unseres OB sind klar: Klima und dann ganz lange nichts. So laufen wir fast sicher in eine Haushaltssperre. Zudem stehen wichtige Projekte, die dem Bürger direkt zugute kommen, auf der Kippe. Aber gegen die Rettung des Weltklimas kommen profane Dinge wie Schulen, Bäder, Sport und Kultur eben nicht an.

Freiburg Lebenswert

Baumschutz endlich Vorrang vor Bauschutz!

Wohnungsbau gegen Natur-, Arten- und Klimaschutz. Wer ist in der Regel zweiter Sieger? Richtig! So sollen für Dietenbach ganze 3700 Bäume gefällt werden und in der Sonnenstraße eine stattliche Rotbuche und mehrere Eiben einem Neubau weichen. Diese Rotbuche hat einen Stammumfang von 2,40 Metern und fällt damit unter die Baumschutzsatzung. Dennoch sieht die Stadt wegen des Primats des Baurechts keine rechtliche Handhabe, die Fällung zu verhindern. Würde sich der Bauherr mit dem benachbarten Finanzamt die Tiefgaragenzufahrt teilen und so seine Tiefgarage ohne eigene Rampe planen, hätte er Platz für mehr Stellplätze, könnte die Tiefgarage dennoch kleiner planen und damit Kosten sparen, und vor allem könnte der Grünstreifen samt Rotbuche und Eiben erhalten bleiben.

Freiburg Lebenswert setzt sich mit Nachdruck für eine Verbesserung der Baumschutzsatzung ein. Grünanlagen mit Bäumen sorgen in Städten für einen größeren Kühlungseffekt als Anlagen ohne Bäume, wie gerade wieder eine Studie der Universität ETH Zürich gezeigt hat. Und ein Baum dieses Ausmaßes erzeugt so viel Kühlung wie mehrere Klimaanlage, zudem bietet er Lebensraum für viele Tierarten.

Klima- und Artenschutz sind manchmal sogar zum Nulltarif zu haben, dazu müssen nur bestehende Biotop erhalten bleiben. Übrigens: Die Rotbuche ist gerade zum Baum des Jahres 2022 gekürt worden. Gründe genug für einen Richtungswechsel.

Der Abfallkalender liegt im Briefkasten

Sperrmüllkarte kommt später per Post

Zusammen mit dem Amtsblatt wird an diesem Wochenende auch der Abfallkalender 2022 an alle Haushalte und Gewerbebetriebe in der Kernstadt und in Opfingen verteilt. Die Verteilung des Abfallkalenders für die Freiburger Ortsteile Munzingen, Tiengen, Waltershofen, Hochdorf, Lehen und Kappel erfolgt ebenfalls in dieser Woche, allerdings unabhängig vom Amtsblatt.

Die von der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (ASF) jährlich herausgegebene Broschüre, deren Inhalt ebenfalls in der ASF-Abfall-App zu finden ist, enthält für alle Haushalte wichtige Informationen und Termine rund um die Abfallentsorgung. Zusätzlich zur Haushaltsverteilung liegt der Kalender außerdem ab dem 6. Dezember in der Bürgerberatung im Zentralrathaus, beim Rathaus im Stühlinger und den Freiburger Recyclinghöfen aus. Wer über den Briefkasten keinen Kalender erhalten hat, kann diesen über die zuvor genannten Stellen beziehen oder sich direkt an die ASF wenden (siehe unten).

Eine wichtige Neuerung gibt es beim Sperrmüll. Anders als bislang liegen die Sperrmüllkarten nicht mehr dem Abfallkalender bei. Ab 2022 werden die Karten personalisiert mit dem Gebührenbescheid versandt. Bis zum Erhalt der neuen Karten im Februar behalten die Sperrmüllkarten des Vorjahres Gültigkeit. Die Sperrmüllabholung kann alternativ auch online unter www.abfallwirtschaft-freiburg.de oder über die ASF-Abfall-App bestellt werden.

Keinen Abfallkalender erhalten? Bis 12. Januar werden die Kalender kostenfrei nachgeliefert. Reklamationen bitte an die ASF unter Telefon (0761) 76 70 77 10 oder per E-Mail an: abfallberatung@abfallwirtschaft-freiburg.de

Drei Fragen an ...

Verena Hilgers, Klimaanpassungsmanagerin im Umweltschutzamt

„Stadtgrün statt grau“ steht auf Plakaten, die ab kommender Woche in der Stadt zu sehen sind und begrünte Gebäude und Dächer zeigen. Damit macht Freiburg auf das neue Förderprogramm GebäudeGrün hoch³ aufmerksam, für das Interessierte jetzt Anträge stellen können, wie Verena Hilgers erzählt.

1 Was fördert die Stadt und wer kann Anträge stellen?

GebäudeGrün hoch³ fördert Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Entsiegelungen. Auch der Rückbau von Schottergärten, die vor August 2020 angelegt wurden, ist förderfähig. Anträge können von Hauseigentümern, Mieter- oder Interessengemeinschaften (mit Eigentümerzustimmung) sowie von Unternehmen und städtischen Gesellschaften gestellt werden. So können wir als Stadt auch die Klimaanpassung auf Privatflächen voranbringen.

2 Ist eine grüne Fassade nicht nur ein Feigenblatt?

Grüne Fassaden sind keine Feigenblätter, sie haben viele Vorteile. Unsere Städte werden durch den Klimawandel immer heißer. Gebäudebegrünungen und grüne, entsiegelte Flächen ermöglichen die Regenwasserversickerung, erhöhen die natürliche Verdunstung und reduzieren so die Hitze. Zugleich kühlen sie auch das Gebäude, an heißen Tagen ist das sehr angenehm – bei fortschreitendem Klimawandel werden diese Effekte immer wichtiger für eine weiterhin lebenswerte Stadt. Zudem verbessert Gebäudegrün die Luftqualität und schafft zusätzliche Lebensräume für Flora und Fauna in der Stadt.

3 Freiburg wird den Klimawandel kaum aufhalten können. Blicken Sie noch optimistisch in die Zukunft?

Der Klimawandel schreitet voran, aber den Optimismus zu verlieren, bringt uns nicht weiter. Aufhalten können wir ihn in Freiburg zwar nicht, aber mit ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen können wir unseren Teil zu dieser globalen Herausforderung beitragen und als Green City Vorbild sein. Die Klimaanpassung ist vorwiegend regional-lokal – hier haben wir die klare Aufgabe, Freiburg an den Klimawandel anzupassen und als lebenswerte Stadt zu erhalten.

Infos: www.freiburg.de/gg3

Gemeinderat in Kürze

Energiekonzept für Dietenbach

Bei nur zwei Gegenstimmen hat der Gemeinderat die europaweite Ausschreibung des Energiekonzepts für den neuen Stadtteil Dietenbach beschlossen – mit folgenden Rahmenbedingungen: dem Bau einer Energiezentrale mit modular erweiterbaren Großwärmepumpen, der Nutzung von Abwasser-Abwärme, einem Grundwasserbrunnen und Brunnenleitungen zur Energiezentrale, einem Niedrigtemperatur-Wärmenetz einschließlich der Hausanschlüsse und Übergabestationen sowie die Infrastruktur für den weiteren Ausbau in den Bauabschnitten 5 und 6. Gleichzeitig verpflichtete der Gemeinderat die künftigen Grundstückseigentümer, ihre Gebäude an das Wärmenetz anzuschließen und die Energie ausschließlich von dort zu beziehen. Ausnahme: Auf fünf Prozent der bebaubaren Flächen sollen „Experimentierfelder“ gestattet sein, um alternative Energiekonzepte zu erproben.

Luftfilter in Schulen und Kitas

Es war und ist eine der großen Fragen in der Pandemie: Wie kann Schulunterricht sicher sein? Neben den Poolietests gelten Luftfilteranlagen als großer Hoffnungsträger. Deshalb haben die Fraktionen einen aktuellen Stand über das Thema erbeten. Die Verwaltung zieht fest installierte Anlagen den mobilen vor: Sie filtern die Luft nicht nur, sondern tauschen sie aus. Aerosole, kleine Luftpartikel, die das Virus weitertragen, können somit reduziert werden. Allerdings sind fest installierte Anlagen teuer und können nachträglich nicht immer eingebaut werden. Für neue Schulgebäude sind sie jedoch Standard. Das Umweltbundesamt kommt zu dem Schluss, dass mobile Luftfilter regelmäßiges Lüften nicht ersetzen können und damit nicht unbedingt notwendig sind. Die Stadt hat die Lüftungsmöglichkeiten aller 1200 Klassenzimmer in Freiburg überprüft und in 46 Fällen mobile Luftfilter angeschafft.

Mietspiegel Freiburg

„Vier der zehn teuersten Städte liegen in Baden-Württemberg“, erklärt Oberbürgermeister Martin Horn. Dazu gehört leider auch Freiburg. Deshalb ist ein Mietspiegel wichtig: Die Verwaltung analysiert die Preisentwicklung und kann daran ihre Wohnungspolitik ausrichten. Außerdem schützt der Mietspiegel Mieterinnen und Mieter vor übersteuerten Preisen. Jetzt hat der Gemeinderat einstimmig eine Sondererhebung im Rahmen des Mietspiegels angenommen. Der Grund ist einfach: Spezielle Wohnraumverhältnisse, beispielsweise betreutes Wohnen oder WG-Zimmer, konnten bisher nur unzureichend abgebildet werden. Die Verwaltung nimmt die Ergebnisse in die nächste Mietspiegelerhebung auf.

Freisitzflächen für die Gastro

Infolge der Coronapandemie erteilte die Stadt Gastronomiebetrieben und dem Einzelhandel die Erlaubnis, städtische Flächen wie Parkplätze zu nutzen. Der Gemeinderat hat jetzt einstimmig beschlossen, diese Sondernutzung bis zum 31. März 2023 zu verlängern. Für das Jahr 2022 sind jedoch Gebühren zu entrichten. Die werden erst im vierten Quartal erhoben.

Neues vom Gestaltungsbeirat

Ab Januar gehört die Architektin Stefanie Eberding dem Gestaltungsbeirat an, der die Stadt bei wichtigen Bauvorhaben berät. Sie folgt auf Anett-Maud Joppien, die das fünfköpfige Gremium zum Jahresende verlässt. Eberding leitet zusammen mit ihrem Mann ein Architekturbüro in Stuttgart und hat eine Professur für Gebäudekunde und Entwurf an der University of Applied Sciences in Frankfurt inne. Sie war beziehungsweise ist bereits für die Städte Ludwigsburg, Konstanz und Baden-Baden als Gestaltungsbeirätin tätig.

Rabatt für den Kirchenaustritt

Alle zwei Jahre überprüft und aktualisiert die Verwaltung die Höhe ihrer Gebühren. Den umfassenden Katalog veröffentlichen wir in der kommenden Amtsblatt-Ausgabe. In zwei Punkten muss zunächst aber auf Wunsch der Fraktionen noch nachgebessert werden: So erhalten gemeinnützige Vereine, Parteien und Wählerinitiativen einen 25-prozentigen Abschlag auf die Gestattungsgebühr bei Veranstaltungen – allerdings nicht bei Großveranstaltungen. Und wer staatliche Transferleistungen bezieht, bekommt die Gebühr für den Kirchenaustritt erstattet – alle anderen zahlen dafür einmalig 29 Euro – 10 Euro mehr als bislang. Der Grund: Vor zwei Jahren hatte der Gemeinderat eine – nicht kostendeckende – Gebühr von 19 Euro beschlossen. Dadurch war es zu Mindereinnahmen von 60 000 Euro gekommen.

Zukunft des Vollzugsdiensts

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Verwaltung ein Konzept zur Konfliktbearbeitung im öffentlichen Raum erarbeiten sowie darüber informieren, wie sich die vom Gemeinderat beschlossene Stellenkürzung beim Kommunalen Vollzugsdienst auswirkt.

Pläne zur Innenentwicklung

Mit dem Ziel, gemeinsam mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern von Immobilien oder Grundstücken die Innenentwicklung in der Stadt voranzubringen, war die letzten eineinhalb Jahre das Förderprojekt Innenentwicklungsmanagement im Stadtplanungsamt unterwegs in vier Projektgebieten. Über die Ergebnisse informierte die Verwaltung jetzt den

Gemeinderat, der die Ergebnisse zur Kenntnis nahm und das weitere Vorgehen beschloss.

Fortschreibung des Nahverkehrsplans

Zur Kenntnis genommen hat der Gemeinderat den Entwurf des regionalen Nahverkehrsplans (NVP) des Zweckverbands Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF) für die Jahre 2021 bis 2026. Mit dem einstimmigen Votum des Gemeinderats werden nun die städtischen Mitglieder auch in der ZRF-Verbandsversammlung der Beschlussempfehlung zustimmen.

Finanzierung für Kleineschholz steht

Gemeinderat beschließt städtebauliche Entwicklungsmaßnahme

Rund 550 Wohneinheiten sollen ab 2024 im Wohnquartier „Kleineschholz“ gebaut werden, davon die Hälfte als preisgünstiger, geförderter Wohnraum. Jetzt hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit grünes Licht für die Finanzierung und die Ausschreibung des Wärmekonzepts gegeben. Um die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme auszugleichen, steuert die Stadt rund 30 Millionen Euro bei – verteilt auf zehn Jahre.

Oberbürgermeister Martin Horn war nach dem Gemeinderatsbeschluss sehr zufrieden: „Ich freue mich sehr, dass wir der Realisierung des Quartiers Kleineschholz immer näher kommen. Kleineschholz ist eine Riesenchance für Freiburg, neue innovative und kreative Wohnideen in einem lebendigen und grünen Viertel umzusetzen. Das heißt preisgünstiges Wohnen, aber zum Beispiel auch innovative ökologische, inklusive, soziale oder kulturelle Konzepte, die das Allgemeinwohl im Blick haben.“

Mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) hat die Stadt ein wirksames Instrument, klar umgrenzte Entwicklungsgebiete, wie Kleineschholz oder auch den neuen Stadtteil Dietenbach, städtebaulich neu zu ordnen. So soll das Verfahren beschleunigt und finanzielle Planungssicherheit über die komplette, rund zehnjährige Projektlaufzeit gewährleistet werden.

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht der SEM weist aktuell Einnahmen von rund 42,7 Millionen Euro und Ausgaben von etwa 72,5 Millionen Euro aus. Die wesentlichen Kostenposten sind der Grunderwerb durch die Stadt, die Erschließung von Straßen, Kanälen und Leitungen sowie die Herstellung des neuen Parks. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird die Stadt nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium mit einem Zuschuss aus dem städtischen Haushalt ausgleichen – zehn Jahre lang jeweils 2,9 Millionen Euro. Damit ist sichergestellt, dass die SEM zum Ende ausgeglichen abschließt. „Unser Ziel ist es natürlich trotzdem, im Laufe der nächsten Jahre das Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern. Ich bin ganz sicher, dass wir nicht an der Zielgruppe vorbeiplanen. Kleineschholz wird nicht billig, aber preiswert“, so Baubürgermeister Martin Haag.

Erbpachtzins als Einmalzahlung

Die Grundstücke werden von der Stadt wie angekündigt im Erbbaurecht vergeben werden, allerdings nicht gegen eine jährliche Erbpachtzahlung, sondern mit einer Einmalzahlung zu Vertragsbeginn. Das spült zu Beginn des Projekts ordentlich Geld in die Kasse und gibt den Erbbaurechtsnehmerinnen und -nehmern Planungssicherheit, wie Finanzbürgermeister Stefan Breiter ausführte: „Wir halten die Einmalzahlung für Kleineschholz für die geeignetste Lösung. Durch eine Deckelung auf den Grundstückswert ist der Erbbauzins in Form der einmaligen Ablöse über 75 Jahre gesehen geringer als die Gesamtsumme des laufenden Erbbauzinses über die Laufzeit des Erbbaurechts.“

Unterstützung im Gemeinderat

Im Gemeinderat fand diese Einschätzung überwiegend Zustimmung. Von Grünen, Eine Stadt für alle und der SPD/Kulturliste wurde nochmals betont, dass trotz der hohen Bodenpreise dank der 50-Prozent-Quote für geförderten Wohnungsbau bezahlbarer Wohnraum entstehe, der durch die Erbpacht dauerhaft der Bodenspekulation entzogen werde.

CDU und FDP/BfF stimmten ebenfalls zu, wiesen aber darauf hin, wie komplex das Thema bezahlbarer Wohnraum sei und dass das dafür eingesetzte Geld im Haushalt für andere Projekte eben nicht mehr zur Verfügung stehe.

Ablehnung gab es von den Freien Wählern, die die geplante Finanzierung als Trick bezeichneten und einen Zweiklassenstadtteil fürchten, sowie von der AfD, die Kritik am Erbbaurecht übte und lediglich einen Stadtteil für die gehobene Mittelschicht erwartet. FL-Stadtrat Winkler schließlich zeigte sich angesichts der Kosten gespannt, wie teuer dann der Stadtteil Dietenbach wird.

Weitgehend unstrittig war die Ausschreibung des Wärmekonzepts. Es soll einerseits einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt leisten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum ermöglichen. In der EU-weiten Ausschreibung ist festgelegt, dass es für das gesamte Quartier ein gemeinsames Wärmenetz für Heizung und Warmwasserbereitung geben soll. Was die Technik angeht, gibt es allerdings keine Festlegung. Eine Voruntersuchung hat zwar ergeben, dass Fernwärme oder eine zentrale Grundwasserpumpe zur Wärmenutzung das beste Verhältnis von Preis und Klimaschutz versprechen. Letztere gilt deshalb bei der Ausschreibung als Referenzvariante, an der sich die Angebote messen lassen müssen. Sieger wird am Ende aber der sein, der entweder zum selben Preis mehr Klimaschutz bietet oder denselben Klimaschutz zum besseren Preis.

An der zentralen Energieversorgung und einer solidarischen Wärmegemeinschaft führt laut Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit kein Weg vorbei: „Nur so kann das Wärmenetz wirtschaftlich zum bezahlbaren Wohnen beitragen. Wir sind deshalb der Überzeugung, dass Klimaschutz und bezahlbares Wohnen mit der vorgeschlagenen technikoffenen Ausschreibung bestmöglich umgesetzt werden können.“

So sah es offenbar auch der Gemeinderat: Nur vier Gegenstimmen und eine Enthaltung gab es bei der Schlussabstimmung.

Parken wird zehn Prozent teurer

Knappe Mehrheit für turnusmäßige Erhöhung

Alle zwei Jahre, so der Gemeinderatsbeschluss von November 2019, sollen die Parkgebühren für Parkplätze im öffentlichen Raum um zehn Prozent steigen. Mit knapper Mehrheit ist das Gremium jetzt seinem eigenen Beschluss gefolgt und hat den neuen Tarifen zugestimmt.

Zwei Fraktionsanträge, die Erhöhung wegen der aktuell schwierigen Lage des Einzelhandels auszusetzen oder um acht Monate zu verschieben, fanden keine Mehrheit.

Damit werden ab dem 1. Februar 2022, also genau zwei Jahre nach der letzten Erhöhung, nun in der Parkzone 1 (Innenstadt sowie Teile von Neuburg, Wiehre und Stühlinger) pro Stunde 3,50 Euro fällig – aktuell sind es 3,20 Euro. In der Parkzone 2 (restliche Neuburg, Wiehre, Stühlinger sowie Teile der Oberau) kostet eine Stunde Parken künftig 2,90 Euro statt 2,60 Euro. Im übrigen Stadtgebiet (Parkzone 3) sind 1,40 Euro pro Stunde zu entrichten – zehn Cent mehr als bislang.

Mit den neuen Parkgebühren liegt Freiburg im Großstädtevergleich im Mittelfeld: In Stuttgart, Frankfurt und Karlsruhe ist das Parken deutlich teurer, in Nürnberg, München oder Augsburg deutlich billiger.

Trotz der Erhöhung rechnet die Verwaltung nicht damit, dass die Einnahmen im selben Umfang steigen. Zum einen sorgt die Pandemie generell für eine niedrigere Auslastung, zum anderen ist zu erwarten, dass die Parkplatzsuchenden zum Teil in Parkhäuser ausweichen. Vielleicht nimmt ja mancher auch die Bahn oder das Fahrrad und leistet so einen Beitrag zum Klimaschutz.

Kein Bedarf an weiteren Hotels

Beherbergungskonzept von Stadt und FWTM

Mit einem Beherbergungskonzept wollen die Stadt und die Freiburg Wirtschaft Touristik und Marketing (FWTM) künftig den Bau von neuen Hotels und anderen Ferienunterkünften steuern. Der Gemeinderat stimmte dem Konzept am vergangenen Dienstag einstimmig zu.

Das Besondere an dem neuen Konzept ist, dass das Beherbergungsgewerbe und die Stadtplanung gleichberechtigt betrachtet werden. Mit dieser ganzheitlichen Herangehensweise betritt Freiburg im Vergleich zu den Konzepten anderer Städte Neuland. Ziel ist, mögliche Auswirkungen von geplanten Projekten auf die Gesamtstadt und auf einzelne Quartiere zu erkennen und zu steuern.

Der Hintergrund: Freiburg ist attraktiv, bereits heute stehen 6000 Betten in Hotels, Pensionen und Gasthöfen oder auf Campingplätzen zur Verfügung. Seit 2016 stiegen Angebot und Nachfrage bei den Übernachtungen stark an, 2020 brach dann coronabedingt die Zahl der Übernachtungen ein. Dem gegenüber stehen die städtebaulichen Ziele einer nachhaltigen, bedarfsgerechten und dezentralen Siedlungsentwicklung in Freiburg. Das Beherbergungsgewerbe kann hier die Konkurrenz um Flächen mit anderen Nutzungen wie Wohnen oder Gewerbe auslösen und verstärken.

„In Freiburg sind Konkurrenzen um knappe Wohn- und Gewerbeflächen zu beachten. Einer Verdrängung des Wohnens ist vorzubeugen“, warnt Baubürgermeister Martin Haag. Wie alle anderen Nutzungen auch, müssten sich Beherbergungsbetriebe in ihr städtisches Umfeld einfügen.

Das neue Konzept formuliert daher folgende Schwerpunkte: Bei der Planung neuer Hotels und Unterkünfte sind immer die gesamtstädtischen Planungsziele zu beachten, Hotelprojekte sollen an der Nachfrage ausgerichtet und qualitative Entwicklungen unterstützt werden. Die Wohnraumversorgung hat Priorität, außerdem soll die Innenstadt entlastet und potenzielle Ergänzungsstandorte genutzt werden.

Erstellt wurde das Gutachten von zwei externen Unternehmen: Ein Marktforscher aus Ludwigsburg untersuchte das Beherbergungsgewerbe, ein Stadtplanungsbüro aus Berlin analysierte stadträumliche Aspekte, mögliche Steuerungsoptionen und Handlungsansätze. Neben Stadt und FWTM waren auch die Industrie- und Handelskammer Freiburg und der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA miteingebunden.

Das Gutachten macht deutlich: Aktuell besteht in Freiburg kein weiterer Bedarf an Übernachtungsangeboten. Die höchste Bettendichte weist die Innenstadt auf. Außerdem zeigt die Untersuchung den Trend zu mehr Hotelketten, höherer Qualität, günstigeren Übernachtungsangeboten und privaten Anbietern. Akuter Handlungsdruck besteht aus Sicht der Gutachter aber nicht, da die Zweckentfremdungsverbotssatzung weiterhin steuernd eingreifen kann.

„Opfingen ist und bleibt einmalig!“

Die beschauliche Tuniberggemeinde ist älter als Freiburg – Es gibt sie seit über eintausend Jahren

Am 27. Oktober 1971 unterschrieb der damalige Oberbürgermeister von Freiburg, Eugen Keidel, einen Vertrag mit Rudolf Höfflin, dem Bürgermeister von Opfingen. Fortan gehörte die Tuniberggemeinde zu Freiburg – als „Freiburg-Opfingen“. Doch der landwirtschaftlich geprägte Ort ist älter – viel älter.

Seine Geschichte beginnt schon in der Steinzeit: Die ersten Menschen besiedelten im 6. Jahrtausend v. Chr. das Gebiet rund um das heutige Opfingen – das zeigen zumindest archäologische Funde. Aber seit wann hat der Wein- und Spargelort seinen heutigen Namen?

Die Spur führt zurück in das Jahr 1006. In einer Urkunde überträgt Heinrich II., König des Ostfrankenreichs und Italiens und späterer Kaiser des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nationen, ein Gut an den Domstift Basel: „In villa que vocatur Ophinga situm“ heißt es da – die erste urkundliche Erwähnung Opfingens. Die Tuniberggemeinde ist damit sogar älter als Freiburg, das 1091 gegründet wurde und 1121 Marktrecht erhielt.

Wechselnde Herrschaften

In den folgenden Jahrhunderten lebte die Opfinger Bevölkerung unter vielen Herren: Bis zum 14. Jahrhundert übernahmen Ministeriale, also unfreie Verwalter im Dienst der Zähringer, die Ortsherrschaft. Bekannter waren allerdings zwei Frauen aus dieser Zeit: die Priorin des Dominikanerinnenklosters Adelhausen Anna von Opfingen und die Äbtissin des Zisterzienserinnenklosters Güntersal Mechthild, die Opfingerin.

Auf die Zähringer folgte 1368 die Herrschaft Badenweiler: Bis heute erinnert der mit drei schwarzen Sparren belegte goldene Pfahl an die Grafen von Stressberg. 1444 übernahmen die Markgrafen von Hachberg-Sausenberg und von Baden-Durlach die Ortsherrschaft.

Erst im Zuge der territorialen Neuordnung durch Napoleon und dem damit verbundenen Ende des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nationen fielen Opfingen und Freiburg am 15. April 1806 an das Großherzogtum Baden. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs endete die Zugehörigkeit zum Hause Baden, bevor der Ort 1971 nach Freiburg eingemeindet wurde.

Kriege, Missernten, Flucht

Wie viele Dörfer litt auch die Opfinger Bevölkerung unter den Kriegen der frühen Neuzeit: Plünderungen, Übergriffe und Flucht waren die prägenden Erfahrungen der Zeit. Nach dem Dreißigjährigen Krieg lebten nur noch 25 Familien in der Tuniberggemeinde.

Dem Westfälischen Frieden 1648 folgten zwischen 1688 und 1738 der Pfälzische, Spanische und Polnische Erbfolgekrieg. Verbrannte Felder, verwüstete Häuser und zerstörte Höfe waren die Folge, die Menschen flüchteten vor Gewalt und Armut. Auch infolge von Missernten im 19. Jahrhundert blieb die Einwohnerzahl gering. Im 20. Jahrhundert folgte die Katastrophe der beiden Weltkriege.

Berühmt für Wein und Spargel

Doch von den Herausforderungen der Zeit ließ sich die Opfinger Bevölkerung nicht unterkriegen. Heute ist der Ort sogar überregional für Wein und Spargel bekannt. Doch das war nicht immer so: Bis in das 20. Jahrhundert lebte die Tuniberggemeinde vom Ackerbau; erst wurden Hafer und Gerste angebaut, dann Kartoffeln.

Der Wein hingegen, so die Überlieferungen, gehörte in frühen Jahren zu den „gewöhnlichsten“ und war von „mittelmäßiger Qualität“. So richtig vorstellen mag man sich das heute kaum noch. Doch erst die Gründung der Winzergenossenschaft Opfingen 1952 führte zu dem mehrfach prämierten Wein von heute. Mit der Rebflurbereinigung intensivierten die Opfinger in den 1950er- und 1960er-Jahren den Weinbau; seitdem zieren Weinreben den Tuniberg und geben ihm sein charakteristisches Aussehen.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Der Wein findet auch Anklang in Freiburg, die Verbindung der zwei Gemeinden reicht allerdings bis in das Hochmittelalter zurück. Noch im 18. Jahrhundert flossen Boden- und Fruchtzins an die Klöster in Freiburg; unbefestigte Waldwege verhinderten aber einen intensiven Handel. Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts: Eine Brücke über den Mühlenbach und der Ausbau der Wege sorgten für regen Handel.

Damit war der Grundstein für eine gute Zusammenarbeit gelegt, die Jahrhunderte später im Eingemeindungsvertrag mündete. Am 5. September 1971 stimmten 62,8 Prozent der Stimmberechtigten für den Zusammenschluss, der am 1. Dezember 1971 vollzogen wurde. Opfingen ist seitdem ein Stadtteil von Freiburg.

Und bleibt trotzdem ein Unikat: Es gibt in ganz Deutschland keinen anderen Ort mit diesen Namen. Ober- und Unteropfingen existieren zwar, sind aber nur Ortsteile von Kirchdorf an der Iller. Oder mit den Worten des Freiburger Stadthistorikers Hans-Peter Widmann in seiner Festrede 2006 anlässlich des 1000-jährigen Jubiläums: „Opfingen ist und bleibt einmalig!“

„Wir brauchen die weiterführende Schule“

Interview mit Ortsvorsteherin Silvia Schumacher zum 50-jährigen Eingemeindungsjubiläum

Silvia Schumacher ist seit 2014 Ortsvorsteherin von Opfingen. Zum 50. Jahrestag der Eingemeindung haben wir ihr fünf Fragen gestellt.

Hand aufs Herz: Hat sich die Eingemeindung 1971 für ihre Ortschaft gelohnt?

Es ist die richtige Entscheidung gewesen. Zum Eingliederungszeitpunkt standen für die Gemeinde Opfingen viele Herausforderungen an, beispielsweise der Kanalanschluss, die Ertüchtigung der Infrastruktur oder die schwierige Haushaltslage. Die Gebiets- und Verwaltungsreform wurde damals als Chance gesehen. Ob es anders besser geworden wäre? Das wäre spekulativ. Unser Altbürgermeister Rudolf Höfflin würde vermutlich antworten: „Geloffen ist geloffen“. Die Entscheidung ist damals nach einem Bürgervotum gefallen, und seither gilt es, nachhaltig die Belange der Ortschaft in Einklang mit der gesamtstädtischen Betrachtung und Priorisierung zu bringen. Viele Versprechen der damals getroffenen Vereinbarungen wurden gehalten, an manchen arbeiten wir noch, und manche – wie unsere bürgernahe Ortsverwaltung – gilt es zu erhalten. Auf welche Entwicklung seit der Eingemeindung sind Sie besonders stolz?

Der Ortschaft ist es durch weitsichtige Entwicklung gelungen, stets gut und verträglich zu wachsen. Durch unsere Betriebe wie Handwerk, Dienstleister, Landwirtschaft, Gastronomie und den regionalen Einzelhandel können der Bürgerschaft ortsnahe Angebote für den täglichen Bedarf geboten werden. Am Tuniberg lässt es sich gut und lange leben. Mit dem Bauprojekt auf dem Kirchengrundstück St. Nikolaus kann man künftig auch in Opfingen gut umsorgt älter werden.

Wo drückt aktuell der Schuh?

Die Einrichtung einer weiterführenden Schule am Tuniberg ist eines der wichtigen und drängenden Themen. Für unsere familienreiche Bürgerschaft und familienfreundliche Umgebung ist dies ein elementarer Baustein. Für die weitere Entwicklung der Ortschaften am Tuniberg ist es wichtig, dass das bald passiert. An der Frage der weiterführenden Schule hängen auch die in die Jahre gekommene Mehrzweckhalle und der städtische Kindergarten. Hier brauchen wir Perspektiven.

Was macht ihre Ortschaft so besonders?

Opfingen verbindet die Vorteile eines ländlichen Raums mit denen einer Stadtgesellschaft. Dörflich strukturiert und durch eine engagierte Bürgerschaft lebens- und liebenswert. Mit den umgebenden Freiräumen der Rebhänge, dem Offenland und dem Mooswald bieten sich alle Möglichkeiten der Erholung und Freizeitgestaltung direkt vor der Haustür. Und die Ortsmitte mit dem Rathaus ist für uns der Mittelpunkt schlechthin.

Welches Fest sollte man als Freiburgerin oder Freiburger auf keinen Fall verpassen?

Viele unserer Vereine haben ihr eigenes Fest mit großem ehrenamtlichem Engagement, und alle sind es wert, „entdeckt“ zu werden. Die größten Veranstaltungen wie das traditionelle Waldfest mit Holzversteigerung im Januar, das Spargel- und Weinfest im Mai und das Wein- und Zwiebelkuchenfest im September sollte man nicht verpassen. Darüber hinaus ist ein Besuch in unserer örtlichen Gastronomie, verbunden mit einem Ausflug an den Tuniberg, immer eine „Reise“ wert.

Zahlen, Daten und Fakten

Opfingen mit seinen beiden Ortsteilen St. Nikolaus und Wippertskirch ist von Freiburgs Innenstadt aus die nächstgelegene Tunibergortschaft und durch seine beiden nahe der Autobahn gelegenen Baggerseen sowie das beliebte Spargelfest in aller Munde. Doch das im Jahr 1006 erstmals erwähnte Dorf hat weit mehr zu bieten. Vor allem Familien fühlen sich hier sehr wohl, die Umgebung ist quasi ein einziges großes Naherholungsgebiet. Wein- und Spargelanbau prägen die Landwirtschaft, die heute noch von vielen Familien im Neben- und von einigen wenigen auch im Vollerwerb betrieben werden. Die meisten Berufstätigen haben ihre Arbeitsstelle aber im nahen Freiburg. Pendeln ist auch – noch – Pflicht für alle Jugendlichen, die eine weiterführende Schule besuchen. Doch schon in absehbarer Zeit soll es in Opfingen eine neue Schule für alle Tunibergortschaften geben – am Standort der alten Hauptschule.

Bis weit ins 20. Jahrhundert war Opfingen ein rein evangelischer Ort, der seit 1499 zur Markgrafschaft Baden und ab 1535 zur Markgrafschaft Baden-Durlach gehörte und damit seit der Reformation protestantisch war. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich dieses Bild völlig geändert. Immer häufiger zogen Katholiken in den schönen Ort, sodass 1985 die katholische Kirche St. Nikolaus gebaut wurde. Heute (Stand 31.12.2020) gibt es in Opfingen mehr Katholiken (30%) als Protestanten (28%) – stärkste Gruppe sind aber genau wie in der Gesamtstadt die „Andersgläubigen“ (40%).

Auch politisch sind die Verhältnisse in Opfingen nicht mehr sehr viel anders als in der Kernstadt. Zwar haben CDU, FDP und AfD zuletzt immer noch besser abgeschnitten als in der Gesamtstadt, doch auch hier dominieren mittlerweile die Grünen – mit einer Ausnahme: Bei der Bundestagswahl erhielt die SPD die meisten Stimmen und erzielte auch stadtweit eines ihrer besten Ergebnisse.

Die besondere Attraktivität für Familien bildet die Bevölkerungsstruktur ab. Stadtweit gibt es jeweils nur drei Bezirke, in den es weniger Einpersonenhaushalte (40,5%) und mehr Familien mit Kindern (24,4%) gibt. Besonders stark sind in den letzten 10 Jahren die Altersgruppen der 6- bis 18-Jährigen und der 30- bis 45-Jährigen gewachsen, außerdem die Gruppe der über 65-Jährigen. Das Durchschnittsalter liegt mit 42,6 Jahren rund zwei Jahre höher als in Freiburg. Insgesamt leben aktuell 4533 Menschen in Opfingen – 10 Prozent mehr als noch 2010. Die Neuzugezogenen (oder Geborenen) werden statistisch gesehen lange bleiben: Mit 13,4 Jahren ist die Wohndauer in Opfingen deutlich höher als anderswo. Überhaupt belegt Opfingen fast in allen statistischen Kategorien Spitzenplätze – nur in einer Tabelle landet der Ort ganz hinten, was in Wirklichkeit aber auch Spitze ist: Laut Freiburg-Umfrage ist die Armutsgefährdung in keinem Freiburger Bezirk geringer.

Frisches Grün für die Stadt

Das Garten- und Tiefbauamt pflanzt in den nächsten Monaten mehr als 700 Bäume

Mit einer großen Baumpflanzaktion schafft die Stadt Ersatz für kranke Bäume, die gefällt werden müssen. Insgesamt pflanzt das Garten- und Tiefbauamt mehr als 700 Bäume im gesamten Stadtgebiet, die Kosten für die Pflanzungen liegen bei rund einer Million Euro.

Ob im Seepark, im Güterbahnareal, im Gewerbegebiet Haid oder auf Spielplätzen – an vielen Orten in Freiburg rücken aktuell oder in nächster Zeit Teams des Garten- und Tiefbauamts und damit beauftragter Baumschulen an und setzen Bäume in die Erde: 480 sind als Ersatz für gefällte Bäume gedacht, 220 weitere kommen an neue und damit zusätzliche Standorte. So werden im Seepark derzeit etliche Mammutbäume gerodet, die 1986 für die Landesgartenschau gepflanzt wurden, mit den klimatischen Bedingungen in Freiburg jedoch Schwierigkeiten hatten. Hier ist geplant, im kommenden Frühling 47 Bäume zu pflanzen, die den hiesigen Anforderungen besser gerecht werden – heimische, aber auch nicht heimische Arten wie der Dreispitzige Ahorn, der Zürgelbaum, die Schmalblättrige Purpuresche, die Libanonzeder, die Flaumeiche oder die Kobusmagnolie.

In Ruhe an den neuen Standort gewöhnen

Dass im kühlen Herbst mit der Pflanzung begonnen wird, liegt daran, dass für die Gehölze nicht der Winter, sondern der Sommer die stressigste Zeit ist. Wenn die Pflanzen zwischen Oktober und März in die Erde kommen, können sie sich an den neuen Standort gewöhnen, Wurzeln schlagen und die Niederschläge des Winters nutzen, bevor der heiße und trockene Sommer kommt. Zudem fallen so Wurzelbildung und Blattneuaustrieb – beides kraftraubende Aktionen – in unterschiedliche Zeiträume und werden besser vertragen.

Das Garten- und Tiefbauamt kümmert sich um rund 24 000 Straßenbäume und ebenso viele Bäume in Grün- und Parkanlagen. Während Parkbäume mehrere Hundert Jahre alt werden können, liegt die Lebenserwartung von Straßenbäumen nur bei etwa 50 Jahren. Das liegt an den schwierigen Wuchsbedingungen: Im Straßenraum sind Luft- und Wurzelraum begrenzt, die Pflanzen müssen sich den Platz mit Leitungen im Boden und Verkehrsflächen für Fußgänger, Radfahrer sowie Fahrzeuge teilen. Hinzu kommen Streusalzbelastung, Verunreinigungen durch Hunde und klimatische Stressfaktoren wie Hitze und Trockenheit, die durch den Klimawandel immer relevanter werden. Auch mit neuen Schädlingen und Pilzen haben die Pflanzen zu kämpfen.

Neue Baumarten ersetzen gefällte Bäume

Aus diesen Gründen müssen immer wieder auch Bäume gefällt werden. Im Jahr 2021 waren das jedoch weniger als ein Prozent des städtischen Bestands. Bei Kontrollen hat sich in den vergangenen Monaten herausgestellt, welche Bäume aus Sicherheitsgründen nicht mehr stehen bleiben können.

Unter anderem müssen in der Edith-Stein-Straße neun Blutpflaumen und in der ersten Grünspace im Vauban eine Linde wegen Pilzbefall weichen. Abgestorbene oder wipfeldürre Bäume befinden sich etwa in der Eisenbahnstraße, auf dem Alten Friedhof, beim Spielplatz in der Urachstraße und in der Staufener Straße. Bei den Bäumen, die in Parkanlagen entfernt werden, handelt es sich meist um Pflegemaßnahmen, um zu dicht wachsende Bestände auszulichten und so das Wachstum zu verbessern. Betroffene Einrichtungen sowie Bürger- und Lokalvereine werden darüber informiert.

Außerdem gilt: Für fast jeden gefällten Baum wird ein neuer gepflanzt. Allerdings sind es wegen der veränderten klimatischen Bedingungen heute andere Arten. Auch die Insektenfreundlichkeit spielt bei der Auswahl eine wichtige Rolle. So hat zum Beispiel der Spitzahorn früher häufige Straßenbäume wie den Bergahorn oder die Birke abgelöst. Doch auch Klassiker wie Linde oder Eiche stehen weiterhin hoch im Kurs.

Gehwege von Eis und Schnee frei halten

Im Winter gilt die Räum- und Streupflicht

Das Laub fällt, der Winter naht: Aus diesem Anlass weist die Stadtverwaltung darauf hin, dass die Anliegerinnen und Anlieger an öffentlichen Straßen Gehwege reinigen, räumen und bei Glätte auch streuen müssen. Beim Reinigen gilt es, Laub, Schmutz, Abfälle und Unkraut zu beseitigen, auch auf den Baumscheiben der Bäume, die im Gehwegbereich stehen.

Die Gehwege sind bei Bedarf, mindestens aber einmal wöchentlich zu reinigen. Bei Schnee- und Eisglätte gilt außerdem die Räum- und Streupflicht. Sie ist im Interesse der Verkehrssicherheit und schützt vor Schadensersatzforderungen; bei Verstößen droht ein Ordnungswidrigkeitsverfahren. Dies gilt auch in verkehrsberuhigten Bereichen und für gemeinsame Geh- und Radwege. Ausgenommen sind lediglich Bereiche, in denen die Stadt Gebühren für die Gehwegreinigung erhebt und somit selbst fürs Reinigen, Räumen und Streuen zuständig ist.

Beim Schneeräumen gilt: Die Gehwege müssen werktags bis 7 Uhr, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen bis 9 Uhr auf einer Breite von mindestens 0,7 Metern geräumt sein. Wenn tagsüber bis 20 Uhr Schnee fällt, ist zu räumen, sobald und sooft es die Sicherheit des Fußgängerverkehrs erfordert.

Aus Umweltschutzgründen sind geeignete abstumpfende Stoffe wie Sand oder Splitt zum Streuen zu verwenden. Gehwege dürfen nicht mit Auftausalz, Chemikalien oder anderen umweltschädlichen Mitteln bestreut werden.

Damit jeder Haushalt in Freiburg ausreichend Material zum Streuen bekommt, gibt es Splitt bei den städtischen Recyclinghöfen in Haslach, Littenweiler und St. Gabriel im Industriegebiet Nord zu kaufen. Das Granulat wird lose angeboten, das heißt die Käufer müssen eigene Eimer (mit einem Volumen von bis zu zehn Litern) mitbringen. Eine Splittfüllung kostet einen Euro. Das Material ist salzfrei und zum Streuen auf Gehwegen und Treppen bestens geeignet.

Nähere Infos: www.freiburg.de, Suchbegriff: Ortsrecht/Auswahl: Straßenwesen

Öffnungszeiten der Recyclinghöfe: siehe Kalender auf Seite 8.

Tempo 30 im Rennweg

Seit Mittwoch gilt im Rennweg aus Lärmschutzgründen eine ganztägige Geschwindigkeitsbeschränkung Tempo 30. Bisher waren tagsüber noch 50 erlaubt; die Beschränkung auf 30 galt nur nachts von 22 bis 6 Uhr morgens. Da die Lärmrichtwerte aber auch tagsüber überschritten werden, gilt Tempo 30 jetzt rund um die Uhr.

Vorsitz der AG Umweltämter

Der Leiter des Umweltschutzamtes Klaus von Zahn ist zum Vorsitzenden der AG Umweltämter des Städtetags Baden-Württemberg gewählt worden. In dieser Arbeitsgruppe tauschen sich die Mitgliedsstädte über ihre unterschiedlichen Erfahrungen aus. Breiten Raum nehmen aktuelle Fragen des Klimaschutzes ein.

Recup folgt Freiburgcup

Freiburg stellt neues Mehrweggeschirr zum Mitnehmen vor

Fünf Jahre lang haben er und die seinen einen umweltfreundlichen Transport von Kaffee, Tee und anderen Getränken ermöglicht – jetzt gibt es einen Nachfolger: Der beliebte Freiburgcup wird durch ein komplettes Mehrweggeschirr der Firma Recup ersetzt, das bundesweit im Einsatz ist. Der Vorteil: Es transportiert nicht nur Getränke, sondern auch Speisen.

Becher in drei verschiedenen Größen plus zwei „Rebowls“ genannte Schälchen – so sieht das neue Freiburger Mehrweggeschirr aus. Hergestellt aus recycelbarem Kunststoff, fallen für die Becher ein Euro, für die Schalen fünf Euro Pfandgebühr an. Der Clou daran: Das Geschirr kann deutschlandweit bei rund 9600 Partnern der Firma Recup zurückgegeben werden. Wer sich also in Freiburg auf dem Weg zum Bahnhof einen Kaffee und ein Müsli holt, kann das Geschirr beim Aussteigen in Mannheim unkompliziert wieder loswerden.

„Auf diese Weise können wir tonnenweise Müll vermeiden“, freute sich Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit bei der Vorstellung des neuen Geschirrs. „Für den Klimaschutz ist das eine große Chance“, ergänzte Sandra Hook, Leiterin der Klimaschutzabteilung beim Umweltschutzamt. Eine neue Mehrweglösung sei dringend erforderlich gewesen, so Michael Broglin, Geschäftsführer der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg, kurz ASF. So sei in den vergangenen zehn Jahren der in Freiburg eingesammelte Müll um 1400 Tonnen und damit um 55 Prozent gestiegen. „Vor allem volumenmäßig ist der To-go-Müll ein Problem“, betonte er – und das habe der Freiburgcup alleine nicht lösen können. Immer wieder sei er nach Mehrweggeschirr, also auch nach Schalen, gefragt worden.

Hersteller der neuen Becher und Schalen ist das Rosenheimer Start-up Recup, das sich in den vergangenen fünf Jahren vom Zweimannbetrieb zu einem Unternehmen mit 70 Mitarbeitenden gemausert hat. Überzeugt habe es mit seinem Preis-Leistungs-Verhältnis, mit der Handhabbarkeit und der Akzeptanz, so Sandra Hook. Die Auswahl trafen Umweltschutzamt und ASF gemeinsam mit Freiburger Gastronomen, nachdem sie verschiedene Mehrwegsysteme begutachtet hatten: „Die Entscheidung ist einmütig getroffen worden“, so Hook.

Mit einer finanziellen Unterstützung von insgesamt 10 000 Euro will die Stadt dazu beitragen, dass die Umstellung schnell geht und für die Gastronomen nicht zu teuer wird. Die ersten 60 Betriebe, die sich für Recup und Rebowls entscheiden, bezahlen drei Monate keine Gebühr und erhalten einen 200-Euro-Gutschein für die Erstausstattung mit Pfandgeschirr. Die monatliche Systemgebühr beträgt je nach Laufzeit zwischen 28 und 31 Euro.

Der 2016 als Pfandpionier im Kampf gegen die Becherflut eingeführte Freiburgcup hat damit weitestgehend ausgedient – mit seiner Hilfe wurden schätzungsweise eine Million Einwegbecher gespart. Die ASF stellt seine Nachlieferung an teilnehmende Gastronomiebetriebe ein. Das Pfand gibt es bei Rückgabe des Bechers noch bis Ende 2022 zurück. Weiter im Einsatz ist der Freiburgcup noch bei Großveranstaltungen und Straßenfesten: Dort kann man ihn gegen einen Euro Pfand bei der ASF ausleihen. Auf diese Weise soll er der Freiburger Stadt- und Kulturszene erhalten bleiben.

Weitere Informationen: www.freiburgcup.de

Nora holt per App Hilfe

Bundesweites Notruf-App-System jetzt auch in Freiburg

Das neue Notruf-App-System „Nora“ hat den Betrieb aufgenommen. „Nora“ ist die neue bundesweite digitale und mobile Notruf-Lösung insbesondere für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen. Sie wird in allen Integrierten Leitstellen und allen Polizeipräsidien in Baden-Württemberg entgegengenommen, auch in Freiburg. Damit setzen Stadt und Land ein digitales Leuchtturmprojekt um.

Nora ergänzt die bereits bestehenden Notrufsysteme um einen zusätzlichen mobilen Baustein. Die App ist so konzipiert, dass vor allem Menschen mit einer Sprach- oder Hörbehinderung und Menschen mit geringen Deutschkenntnissen davon profitieren. Freiburgs Behindertenbeauftragte Sarah Baumgart betont: „Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, allen Menschen eine barrierefreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.“

Die neue App ermöglicht es in Notlagen, ganz ohne zu sprechen einen Notruf abzusetzen. Automatisch werden die wichtigsten Informationen übermittelt – etwa persönliche Daten, Ort und Art des Notfalls. Die persönlichen Daten werden nur im Notfall an die Einsatzleitstellen übermittelt. Freiwillig können in der App auch Angaben wie Alter, Geschlecht, Vorerkrankungen und Behinderungen hinterlegt werden.

Informationen zur konkreten Notsituation werden über maximal fünf Fragen abgefragt. Dabei helfen Symbole, Texte in leichter Sprache und eine intuitive Nutzerführung. In bedrohlichen Situationen, in denen der Notruf möglichst unbemerkt bleiben soll, ist auch ein „stiller Notruf“ möglich. Der App-Notruf für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst kann im ganzen Bundesgebiet genutzt werden. Neben Deutsch ist die App auch in englischer Sprache verfügbar.

Die Notruf-App Nora ist in einer Kooperation der Länder als bundesweit einheitliche App-Lösung entstanden. Sie steht in den App-Stores zum kostenlosen Download bereit.

Anleitung: Im Internet gibt es eine sehr leicht verständliche Schritt-für-Schritt-Anleitung. Sie beantwortet alle Fragen. Man findet sie unter: www.nora-notruf.de

Grüne Oasen für Bienen und Schmetterlinge

Stadt fördert Biodiversität auf Wiesen

Zehn neue Wiesen sollen in Freiburg für mehr Artenvielfalt sorgen. Auf insgesamt rund 5000 Quadratmetern will die Stadt artenarme Flächen in vielfältiges Grün umwandeln und so wertvollen Lebensraum für Pflanzen und Insekten schaffen.

Sie liegt mitten in der Stadt, vor dem Kollegengebäude 1 der Universität: die Wiese, auf der Bürgermeister Martin Haag kürzlich heimische Kräuter und Gräser säte. Im Rahmen des städtischen Programms für mehr Biodiversität soll aus der bislang unscheinbaren Rasenfläche bis zum kommenden Sommer eine Oase für Bienen und Schmetterlinge werden.

Die Wiese ist kein Einzelfall: Zug um Zug will Freiburg immer mehr Rasenflächen aufwerten, die wenig genutzt und häufig gemäht werden. Auf solchen Flächen können sich blütenreiche Kräuter, die für viele Insekten die Lebensgrundlage sind, schlecht entwickeln. Deshalb wurden bislang schon Flächen im Stadtgebiet in vielfältige Wiesen umgewandelt, etwa im Dietenbachpark oder an der Berliner Allee.

Nachdem die Stadt dafür in diesem Jahr mit dem Label „StadtGrün naturnah“ in Gold ausgezeichnet wurde, will sie jetzt weiter vorangehen und zehn weitere Flächen umwandeln, etwa am Ortseingang zu Günterstal oder im Eschholzpark. Sie werden umgepflügt und mit standortgerechtem Saatgut aus heimischen Kräutern und Gräsern neu angesät. Wachsen sollen hier unter anderem Wiesensalbei, Schafgarbe, Margeriten oder Glockenblumen.

Gesät wird im Herbst, da einige der Kräuterarten Frostkeimer sind, also erst keimen, wenn sie eine Frostperiode überdauert haben. Bis im Frühjahr 2022 sollen sich die Wiesen dann voll entfalten können.

Neues aus der Sulzburger Straße

Bodenpreise durchkreuzen Eigentumsprojekt

Drei Fliegen mit einer Klappe wollten Stadt und Stadtbau mit geförderten Eigentumswohnungen in der Sulzburger Straße schlagen: gefördertes Wohneigentum als Altersvorsorge für Menschen mit mittlerem Einkommen schaffen, das Quartier durch die Steigerung der Eigentumsquote stabilisieren sowie die Stadtbau finanziell stärken. Stark gestiegene Bodenpreise machen dieser Idee jetzt einen Strich durch die Rechnung.

Im Verlauf der Planungen für das vorgesehene Eigentumsprojekt der bisherigen Stadtbau-Mietwohnungen in der Sulzburger Straße hat sich der Wert des Grundstücks stark erhöht. Auf dieser Basis wären nun aber die Kosten für eine geförderte Eigentumswohnung derart gestiegen, dass eine solide Finanzierung des Kaufs für die angestrebte Zielgruppe mit mittleren Einkommen nicht leistbar wäre.

Nach intensiven Beratungen haben sich Stadt und Stadtbau deshalb darauf verständigt, die Sulzburger Straße 15–19 umfassend zu sanieren, die Wohnungen aber nicht als Eigentumswohnungen zu veräußern. Mit dem Verkauf der Wohnungen hatten die Stadt und die FSB drei Ziele verfolgt: Sie wollten Haushalte mit einem mittleren Einkommen in die Lage versetzen, zur Selbstnutzung und für ihre Altersvorsorge eine Wohnung kaufen zu können. Gleichzeitig sollte auf diese Weise die soziale Vielfalt in Weingarten gefördert werden. Mit dem Verkaufserlös sollte zudem die Stadtbau im Rahmen des Konzepts „FSB 2030“ finanziell gestärkt werden, um die rund 2500 Wohnungen bis 2030 aus einer wirtschaftlich stabilen Position heraus bauen zu können.

„Aufgrund der veränderten Parameter und damit der hohen finanziellen Belastung für die Käuferinnen und Käufer können wir das verfolgte Ziel leider aktuell nicht gewährleisten und müssen neu planen sowie Alternativen erarbeiten“, so Oberbürgermeister Martin Horn. „Unser ambitioniertes Ziel bleibt weiterhin, rund 2500 neue Wohneinheiten in den kommenden zehn Jahren für die FSB zu schaffen.“

Von diesen Planungen der Wohnbauoffensive möchte auch die Freiburger Stadtbau nicht abrücken, wie die Geschäftsführung mitteilte. „Wir halten daran fest, dass wir in den nächsten zehn Jahren mehr Wohnungen bauen wollen, denn Freiburg braucht diesen bezahlbaren Wohnraum“, so Ralf Klausmann und Magdalena Szablewska. „Das bedeutet aber auch, dass wir diese Erlöse für den Bau von weiteren Wohnungen eingeplant hatten und wir unsere Planungen bis 2030 jetzt anpassen werden.“

Freiburg erhält Recyclingspreis

Seit 2008 bildet der Papieratlas den Papierverbrauch deutscher Städte ab und kürt jedes Jahr die recyclingpapierfreundlichste Stadt. Als „Mehrfachsieger“ erbringt Freiburg seit elf Jahren Bestleistung im Städtewettbewerb der Initiative Pro Recyclingpapier (IPR). Die Verwaltung verwendet Recyclingpapier und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz. Zum Vergleich: Gängiges Frischfaserpapier benötigt in der Herstellung mindestens 60 Prozent mehr Wasser und Energie, die CO₂-Bilanz ist damit deutlich schlechter. In den vergangenen elf Jahren hat Freiburg damit mehr als 60,5 Millionen Liter Wasser und über 12,4 Millionen Kilowattstunden Energie eingespart.

Fördergelder für Innenstadt

Freiburg erhält für den Zeitraum zwischen 2022 bis 2025 knapp 890 000 Euro an Fördermitteln aus dem Bundesprogramm zur Stärkung zukunftssicherer Innenstädte und Zentren. Das Stadtplanungsamt und die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe hatten im September einen Antrag für das neue Förderprogramm gestellt. Die Stadt könne damit schon laufende und geplante Aktivitäten zur langfristigen Stärkung der Innenstadt auf eine deutlich breitere Basis stellen und zusammen mit den Beteiligten umsetzen, freute sich Oberbürgermeister Martin Horn.

Eine neue Mitte für St. Georgen: „Hier entsteht etwas wirklich Besonderes“

Fortschritte, aber auch Verzögerungen beim Kultur- und Vereinshaus Stube

Es geht voran bei der Stube in St. Georgen: Große Teile des neuen Kultur- und Vereinszentrums sind nahezu fertig – so wird etwa die Gewerbeeinheit im Erdgeschoss im Januar 2022 bezogen. Außerdem wurde für das Restaurant samt Café und Biergarten ein erfahrener Pächter gefunden. Wann das 8,5 Millionen Euro teure Ensemble eröffnet wird, steht allerdings noch nicht fest.

Wie bei vielen Projekten hat die Coronapandemie auch bei der neuen Ortsmitte im Stadtteil St. Georgen für viel Verzögerung gesorgt. Ursprünglich sollte sie noch in diesem Jahr eröffnet werden – doch die Arbeiten haben sich hingezogen, hinzu kommen Lieferengpässe: Teile, die sonst in wenigen Tagen erhältlich sind, kommen jetzt erst Wochen später. Auch die angespannte Lage in der Baubranche, verstärkt durch krankheitsbedingte Ausfälle bei einzelnen Firmen, trägt das ihre dazu bei. Doch bei einem Ortstermin wurde deutlich, wie viel trotz aller Schwierigkeiten schon passiert ist: Fertig ist nicht nur die Gewerbeeinheit, sondern auch eines der Highlights der Stube, der Veranstaltungssaal in der ehemaligen Scheune. „Mit der Stube entsteht eine wirklich tolle neue Mitte für die Bürgerinnen und Bürger St. Georgens“, freute sich denn auch Bürgermeister Stefan Breiter. Die Vereine bekämen eine herausragende Infrastruktur, und der Veranstaltungssaal suche seinesgleichen. „Das Warten wird sich lohnen“, zeigte er sich überzeugt, „hier entsteht etwas wirklich Besonderes.“

Auch die ursprünglich von den Vereinen genutzten Räume im Hauptgebäude der Stube sind fast vollständig saniert und bis auf kleinere Restarbeiten bezugsfertig. Da diese aber mitten in der Baustelle liegen, können sie aus Sicherheitsgründen erst nach Abschluss der Arbeiten an die Vereine übergeben werden.

Insgesamt investiert die Stadt 8,5 Millionen Euro in die Stube. Aktuell befindet sich das Projekt im vom Gemeinderat beschlossenen Kostenrahmen. Von der Summe stammen zwei Millionen aus dem Klimaschutzfonds, die Förderung fließt wegen des zukunftsweisenden Energiekonzepts. So wurden etwa, unter Berücksichtigung von Auflagen des Denkmalschutzes, Bauteile wie Fenster und Dach auf Neubaustandard ertüchtigt und die Dämmung der Fassade optimiert. Die Heizung erfolgt über einen Holzpelletkessel, die Lüftung und Kühlung der Versammlungsräume über ein passives System.

Grenzüberschreitend und vernetzt

„Regionale 22“ gibt Einblick in Kunstszene am Oberrhein

Sie dient der Verständigung über Grenzen hinweg: die Kunstausstellung Regionale, bei der 19 Institutionen aus Südbaden, dem Elsass und der Nordwestschweiz ihre künstlerischen Positionen zeigen. Nachdem das Projekt im vergangenen Jahr teilweise ausgefallen war, bietet jetzt die „Regionale 22“ vielfältige Einblicke in die Kunstszene am Oberrhein. Auch in Freiburg sind vier Ausstellungshäuser beteiligt.

Seit dem Jahr 2000 dient das Ausstellungsformat der Regionale jeweils am Jahresende dazu, die Verständigung zwischen Kunst- und Kulturschaffenden sowie Institutionen auf trinationaler Ebene zu fördern und zu intensivieren. Neben den vier Ausstellungen in Freiburg sind 15 weitere in Basel, Mulhouse und Straßburg zu sehen. Insgesamt präsentieren 155 Künstlerinnen und Künstler aus drei Ländern ihre Werke.

In Freiburg beteiligen sich das Kunsthhaus L6, das T66 Kulturwerk, das E-Werk und der Kunstverein Freiburg an dem grenzüberschreitenden Projekt. Im Kunsthhaus L6 ist die Ausstellung „The Truth is Elsewhere“ zu sehen. Dabei öffnet dokumentarisches Material das Feld für zentrale Fragen nach Konstitutionen und Konstruktionen von Wirklichkeit(en) und Wahrheit(en) und deren historischen Entwicklungen. Die Ausstellung zeigt Positionen mit unterschiedlichen Ansprüchen an das Dokumentarische: Strategien mit dem Ziel, Ungesehenes sichtbar zu machen und vorherrschende gesellschaftliche Strukturen und Denkmuster zu befragen. Zu sehen sind Arbeiten von Hamza Badran, Jürgen Buchinger, Lynne Kouassi, Maeline Li, Marian Mayland mit Ole-Kristian Heyer & Patrik Lohse, Emeka Udemba und Sophie Yerly.

Das T66 Kulturwerk zeigt Werke zum Thema „Fragilität“, in der Galerie für Gegenwartskunst im E-Werk setzt sich Anas Kahal in seiner intermedialen Installation „Between War and Sea“ mit Krieg und Flucht auseinander, und in der Ausstellung „Looking at a Blackbird“ im Kunstverein soll erforscht werden, was sich in vermeintlich leeren Räumen, in Zwischenstadien, in Pausen und Lücken entfalten kann.

Nähere Informationen: www.regionale.org, Kunsthhaus L6, Lameystr. 6, bis 9. Januar, geöffnet: Do/Fr, 16–19 Uhr, Sa/So, 11–17 Uhr, an Feiertagen geschlossen. Der Eintritt ist frei. Es gilt 2G und Maskenpflicht.

Späte Würdigung des Komponisten

Freiburg hat einen Mendelssohn-Bartholdy-Platz

Seit 19. November heißt das Areal vor der Musikhochschule Mendelssohn-Bartholdy-Platz. Damit lösten die Stadt und die Hochschule gleichsam eine alte Schuld ein: In den 1930er-Jahren blieb der Komponist bei der Vergabe von Straßennamen im Musikerviertel in Herdern aus antisemitischen Gründen unberücksichtigt.

Mit der Umbenennung geht ein langjähriger Wunsch vieler Musikfreundinnen und -freunde in Erfüllung. Der Name des Platzes erinnert daran, dass sich Felix und Cécile Mendelssohn-Bartholdy auf ihrer Hochzeitsreise im Frühling 1837 in Freiburg aufhielten. Hier arbeitete der Komponist an etlichen seiner Werke, etwa an der Vertonung des Psalms 42 „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit meine Seele, Gott, zu Dir“.

Auf den Weg gebracht haben die Würdigung der Senat der Musikhochschule und Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach. Damit haben sie eine Lücke geschlossen, die in Freiburg seit Langem besteht. 1924 stellte der zuständige Ausschuss der Stadt eine Liste mit Namen geeigneter Komponisten für eine einheitliche Straßenbenennung auf. Diese Liste war von einer nationalistischen und antisemitischen Grundhaltung geprägt.

Als das Freiburger Musikerviertel nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 seine Straßennamen erhielt, wurden sie ganz im Dienste der Nazi-Ideologie ausgewählt. Obwohl musikalisch betrachtet ein zwingender Kandidat, fehlte Mendelssohn-Bartholdy – zwar war er protestantisch getauft, entstammte aber einer bürgerlichen jüdischen Familie.

Mendelssohn hat 1843 das erste deutsche Konservatorium in Leipzig und damit die erste Musikhochschule in Deutschland gegründet. Welch besseren Ort könnte es daher in Freiburg für seine Würdigung geben als das Areal der Hochschule für Musik Freiburg.

Kurz gemeldet

Beratung zum Fernstudium

Am Samstag, 11. Dezember, bieten der Wegweiser Bildung und die Fernuniversität Hagen eine kostenlose Online-Beratung zum Fernstudium an. Die Studiengänge und Weiterbildungen umfassen Fächer wie Psychologie, Recht, Informatik und Sozialwissenschaften.

Wo: Online unter <https://emeeting.fernuni-hagen.de/webi8> Infos: www.wegweiser-bildung.de Wann: Sa, 11.12., 11 – 13 Uhr

Keine „Reisen in die Unterwelt“

Das Waldhaus hat sein Aktionsprogramm „Reisen in die Unterwelt“ zum Welttag des Bodens coronabedingt abgesagt. Die Veranstaltungen waren für Sonntag, 5. Dezember, geplant.

Museumsabend abgesagt

Auch der für Freitag, 3. Dezember, geplante zweite Freiburger Museumsabend wird wegen Corona abgesagt. Stattdessen wollen das Augustinermuseum, das Haus der Graphischen Sammlung und das Museum für Stadtgeschichte am 25. März 2022 zu einem bunten Programm einladen.

Viel Freude und Emotionen bei der Verleihung des Reinhold-Schneider-Preises

Gleich in dreifacher Hinsicht war die Verleihung des städtischen Kulturpreises dieses Mal anders als sonst: Erstens konnten die bereits im vergangenen Jahr ausgezeichneten Künstlerinnen und Künstler ihre Ehrung pandemiebedingt erst jetzt entgegennehmen – was auf der Bühne für Freudentränen und viel Emotionen sorgte. Zweitens wurde erstmals – neben der dieses Mal anstehenden Sparte Literatur – auch der Bereich darstellende Kunst gewürdigt (siehe Foto). Und drittens ging die festliche Verleihung im Theater und nicht wie sonst im Historischen Kaufhaus über die Bühne. Der Reinhold-Schneider-Preis wurde bislang alle zwei Jahre abwechselnd in den Sparten bildende Kunst, Literatur und Musik vergeben. 2020 kamen Fotografie/Film/neue Medien und die darstellende Kunst neu hinzu, ab sofort wird die Auszeichnung jeweils in zwei Sparten parallel verliehen. Nähere Informationen unter www.freiburg.de/reinhold-schneider-preis